Antrag für den Kreistag

Grüne und Linke fordern ein Frauenhaus im Landkreis Holzminden

Mittwoch 8. August 2018 – **Holzminden (wbn). Bundesweit fehlen sichere Plätze für von Gewalt bedrohte Frauen. So müssen immer wieder in Not geratene Frauen abgewiesen werden.**

Der Landkreis Holzminden ist einer der wenigen Landkreise ohne ein eigenes Frauenhaus. Nach Einschätzung der Beratungs- und Interventionsstelle bei Häuslicher Gewalt (BISS) beim Kinderschutzbund fehlen auch in Holzminden Plätze. Rund 500 Frauen im Landkreis werden dort wegen Gewalt, Mobbing, Stalking und Bedrohung im Jahr beraten.

Fortsetzung von Seite 1 Rund drei Prozent benötigen den Schutz eines Frauenhauses. Die nächsten Frauenhäuser sind in Hameln, Warburg und Hildesheim. Diese sind überfüllt.

Allein in Hameln mussten 2017 mehr als 80 Frauen mit ihren Kindern wegen Platzmangel abgewiesen werden. Einige waren aus dem Landkreis Holzminden.

Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und die Abgeordnete der Partei Die Linke, Sabine Golczyk bringen daher gemeinsam einen Antrag für ein Frauenhaus im Landkreis Holzminden ein.

„Prügel, Drohungen, Misshandlungen gegen Frauen kommen leider weiterhin vor. Da darf die Gesellschaft bei den Opfern männlicher Gewalt nicht wegsehen. Wir brauchen Schutzräume für von Gewalt bedrohte Frauen ortsnah in Holzminden“, sagte Kreistagsabgeordneter Christian Meyer. Die Kreisstadt wäre ideal.

Sabine Golczyk wies daraufhin, „dass die Familie leider nach wie vor der gefährlichste Ort für Frauen und Kinder in Deutschland ist und nicht der dunkle Park. Allein im Jahr 2016 wurden 149 Frauen von ihren Partner ermordet, die Zahl der verletzten Frauen und Kinder liegt im

Dunkeln. Das macht die öffentliche Diskussion ebenso wichtig, wie die Errichtung eines Schutzraumes."

Nach dem Antrag soll zunächst Wohnraum für zehn von Gewalt bedrohte Frauen plus begleitete Kinder vom Landkreis Holzminden geschaffen werden.

Fraktionssprecher Peter Ruhwedel: „Wir brauchen einen geschützten anonymen Ort, wo Frauen schnell untergebracht werden können. Es kann nicht sein, dass das Opfer männlicher Gewalt aus Wohnungsnot beim Täter bleiben muss. Vielleicht kann auch die gemeinnützige BauSie hier Wohnungen zur Verfügung stellen." Für die Kosten sollen auch Fördergelder von Bund, Land und EU sowie Sponsoren eingeworben werden. „Eine Förderung durch das Land ist möglich", teilte der Landtagsabgeordnete Christian Meyer mit. „Der Landkreis sollte aber einen Eigenanteil und auch qualifiziertes Betreuungspersonal zur Verfügung stellen."

Ziel ist die Inbetriebnahme im Jahre 2019. Die Verwaltung solle dafür auch mit geeigneten, lokalen Kooperationspartnern Kontakt aufnehmen, die als Träger in Frage kommen.

Der Antrag soll im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz am 22. August mit den sozialen Wohlfahrtsverbänden beraten und dann im Kreistag Holzminden abgestimmt werden. Die Grünen und Linken hoffen auf breite Unterstützung aller Fraktionen.